

Niederschrift

über die 31. Sitzung/16. WP der Gemeindevertretung am Donnerstag, den 26. März 2015.

Sitzungsort: Volkshalle Ehringshausen
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr - 20:40 Uhr

Anwesend sind:

a) die Mitglieder der Gemeindevertretung:

1. Dr. Rauber, David -Vorsitzender-
2. Bell, Rainer
3. Bell, Tobias
4. Clößner, Wolfgang
5. Gohl, Timotheus
6. Gombert, Daniel
7. Hedrich, Holger
8. Herbel, Burkhard
9. Jakob, Dirk
10. Arch, Stefan
11. Emmelius, Heiko
12. Groß, Klaus
13. Henrich, Erhard
14. Hohn, Hans-Ulrich
15. Koch, Sebastian
16. Mock, Gabriele
17. Rau, Petra
18. Sämman, Waltraud
19. Stopperka, Karin
20. Ullrich, Dieter
21. Gröf, Timo
22. Hubert, Hartmut
23. Kunz, Hans-Jürgen
24. Schlagbaum, Willibald
25. Schmidt, Gerhard
26. Schweitzer, Martin
27. Rill, Berthold

b) die Mitglieder des Gemeindevorstandes:

1. Bürgermeister Jürgen Mock
2. Erster Beigeordneter Karl-Heinz Eckhardt
3. Beigeordneter Bernd Heddrich
4. Beigeordneter Joachim Keiner
5. Beigeordneter Werner Krause
6. Beigeordneter Karl-Heinz Naumann
7. Beigeordneter Werner Neu

c) der Schriftführer:

Daniel Regel

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Insbesondere begrüßt er die Zuschauer, die Mitglieder des Gemeindevorstandes mit Bürgermeister Mock und Herrn Gert Heiland von der Wetzlarer Neuen Zeitung.

Auf Bitten des Vorsitzenden erheben sich die Anwesenden zu einer Gedenkminute für die Opfer des Flugzeugabsturzes der Germanwings A320 Maschine am 24.03.2015.

2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Vorsitzende, Dr. Rauber, stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er verweist auf einen Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zum Thema „Schließung der Sparkassenfiliale in Katzenfurt“, der den Anwesenden zur Information ausliegt. Die Dringlichkeit des Resolutionsantrages begründet Gemeindevertreter Jakob damit, dass möglichst frühzeitig Einfluss geltend gemacht werden soll, um die Schließung zurückzunehmen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Tagesordnung um den Resolutionsantrag der CDU-Fraktion „Keine Schließung der Sparkassenfiliale in Katzenfurt“ zu erweitern und als neuen Tagesordnungspunkt 7 zu behandeln.

Abstimmung: einstimmig

3. **Mitteilungen und Anfragen**

3.1 **Mitteilungen**

Bürgermeister Mock teilt mit, dass

- a) das Büro Bergmann + Müller eine aktuelle Planung für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Katzenfurt vorgelegt habe. Vorausgegangen seien zwei Planungstreffen mit den Feuerwehren. Da die aktuelle Planung von den seinerzeit mit dem Förderantrag abgegebenen Unterlagen abweiche, müsste diese nunmehr mit dem zuständigen Ministerium abgestimmt werden, um Fördergelder nicht zu gefährden. Nach einer ersten Einschätzung durch das Ministerium bleibe es allerdings bei der bisherigen Fördersumme.

Parallel werde das Büro Bergmann + Müller den Bauantrag vorbereiten, so dass dieser umgehend eingereicht werden könne, wenn das Ministerium den neuen Unterlagen zustimme.

- b) eine Erhöhung des Kompensationsumlagehebesatzes auf 1,8 % für das Haushaltsjahr 2015 erfolgt sei. Ursprünglich sei dieser mit 1,46 % berechnet worden. Der neue Satz orientiere sich an den maßgeblichen Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer. Die hohen Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer 2014 führten nach Angaben des Ministeriums dazu, dass ein Spitzabrechnungsbetrag von 19,4 Mio. € die Kompensationsumlage im Ergebnis auf nunmehr 97,2 Mio. € statt vorher 78,9 Mio. € habe ansteigen lassen.

Für Ehringshausen bedeutet dies eine Mehrbelastung für den aktuellen Haushalt von 30.000,00 €.

- c) ein Gespräch mit der IHK Lahn-Dill am 05.03.2015 stattgefunden habe. Themen seien im Wesentlichen die Standortbewertung von Ehringshausen als Erfolgsfaktor für die heimische Wirtschaft gewesen.

3.2 **Anfragen**

- a) Gemeindevertreter Henrich kritisiert an der Kompensationsumlage, dass kleinere Kommunen wie die Gemeinde Ehringshausen durch diese Zahlungen die Kultur größerer Städte unterstütze. Dies könne nicht sein und so sei es mehr als richtig, dass die Kompensationsumlage abgeschafft werde.

Gemeindevertreter Koch fragt an, wie hoch die Erhöhung der Kompensationsumlage konkret sei, ob man rechtlich hiergegen vorgehen könne und ob der Haushaltsausgleich dadurch gefährdet sei.

Bürgermeister Mock entgegnet, dass die Erhöhung exakt 30.000,00 € betrage, ein rechtliches Vorgehen nicht möglich sei und der Haushalt noch nach wie vor ausgeglichen dargestellt werden könne.

- b) Gemeindevertreter Gombert fragt an, wie weit man das Thema „Energieeinsparungen im Haverhill-Bad“ umgesetzt habe. Hier sei beschlossen worden, einen „runden Tisch“ einzurichten.

Bürgermeister Mock entgegnet, dass es schwierig sei, Fachplaner zu finden, die gesamtheitlich das Schwimmbad betrachten könnten. Zum einen gebe es energetische Sanierungsfragen, zum anderen baurechtliche Fragen, die im Gesamtblick in eine Konzeption fließen müssten. Für ihn stelle sich die Sinnhaftigkeit eines solchen „runden Tisches“, zumal man sich bei dem komplexen Thema auf die Fachleute verlassen müsse.

- c) Gemeindevertreter Schlagbaum verweist auf Unfälle auf der B 277 an der Auffahrt zur Autobahnraststätte Katzenfurt. Er fragt an, ob seitens der Verkehrsbehörde Maßnahmen zur Verbesserung der Situation eingeleitet würden. Auch stelle sich die Frage, ob die Gemeinde Ehringshausen hier aktiv werden könne.

Bürgermeister Mock verweist auf die Zuständigkeit von Hessen Mobil, da dies eine Bundesstraße betreffe. Die Gemeinde könne Anregungen weitergeben. Allerdings sollte auf Grund der übersichtlichen Strecke hier keine Problematik bei verkehrsgerechter Verhaltensweise auftreten.

Gemeindevertreter Schlagbaum regt an, die Verkehrsbehörde anzuschreiben und auf den Gefahrenpunkt hinzuweisen.

4. **1. Antrag der CDU-Fraktion**
Zukunft der Siedlungsentwicklung in Ehringshausen;
- 2. Antrag der FWG- Fraktion**
Prüfantrag Baugebiet Ehringshausen „Neue Mitte“
- 3. Sperrvermerk Baugebiet „Schlüsselacker“, 2. Bauabschnitt**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 12.03.2015 wird verwiesen.

Bürgermeister Mock ergänzt, dass die Fläche oberhalb der Waldstraße im OT Dillheim im Flächennutzungsplan als Erweiterungsfläche ausgewiesen und diese versehentlich nicht in der Verwaltungsvorlage aufgenommen worden sei. Da man aber die Verwirklichung des „Schlüsselackers“ favorisiere, sehe die Verwaltung momentan keine Chance für Verwirklichung dieses Gebietes. Er wirbt für die in den Ausschüssen mehrheitlich gefassten Beschlussempfehlungen.

Gemeindevertreter Hubert verweist auf 15 Bauplätze, auf die die Gemeinde Ehringshausen unmittelbar einwirken könne. Alleine fünf Bauplätze könnten auf Grund nicht eingehaltener Bebauungsverpflichtungen rückabgewickelt werden.

Die FWG-Fraktion wolle mit der weiteren Erschließung des Baugebietes „Schlüsselacker“ keine neuen Baulücken schaffen. In der Gemeinde Ehringshausen bestünden insgesamt aktuell 354 Möglichkeiten, Wohnraum zu schaffen. Daher sehe man keinen Bedarf für neue Plätze. 290 Bauplätze seien unbenutzt, 64 Immobilien stünden leer. Für diese Bebauungsmöglichkeiten müsse die Gemeinde Ehringshausen Infrastruktur bereithalten.

Für den Ortsmittelpunkt in Ehringshausen müsse ein neuer Impuls gesetzt werden, damit sich dort etwas bewege. Dies sei Zielsetzung des Antrages auf Schaffung von Bebauungsmöglichkeiten für Familien gewesen. Sollte mittelfristig kein Fortschritt durch anderweitige Nutzung erfolgen, werde man den Antrag wieder aufleben lassen.

Die FWG wolle auf Basis von Fakten abstimmen.

Das Experiment „Schlüsselacker“ sei fehlgeschlagen, da lediglich drei von zehn Häusern seniorengerecht gebaut worden seien.

Der Umgestaltung des Bebauungsplanes „Borngraben / Zehnetfrei“ stimme die FWG-Fraktion zu, da hier Anpassungsbedarf bestehe und Fehler der Vergangenheit korrigiert würden.

Gemeindevertreter Koch unterstützt den Beschlussvorschlag des Gemeindevorstandes in der Siedlungsentwicklung. Man müsse keinen Beschluss fassen, wenn alle Grundstücke am Markt verfügbar seien. Da dies nicht der Fall sei, müsse die Gemeinde agieren. Bestehende Eigentumsverhältnisse müssten akzeptiert werden. Der Grundsatz, dass die Innenentwicklung vor der Außenentwicklung stehe, gelte nach wie vor. Für die Ortsinnenentwicklung wünsche er sich neue Ideen.

Die SPD-Fraktion sehe die Notwendigkeit, einen weiteren Bauabschnitt im „Schlüsselacker“ zu realisieren, da die Gemeinde in der Lage sein müsse, Familien Bauland anzubieten. Ansonsten sei es nicht möglich, Ehringshausen weiter attraktiv zu halten.

Gemeindevertreter Rainer Bell führt für die CDU-Fraktion aus, dass im Zuge der Beratung erst klar geworden sei, dass im „Schlüsselacker“ nunmehr eine Teilerschließung von zehn Plätzen erfolgen soll, weitere zwölf behalte die Gemeinde in Reserve. Die ansonsten existierenden Leerstände müssten akzeptiert werden und

man könne froh sein, nicht in einer Planwirtschaft zu leben, sondern als Eigentümer frei über die Bauplätze verfügen zu können.

Wenn sich die Gemeinde Ehringshausen weiterentwickeln wolle, brauche sie auch Bauflächen in der Kerngemeinde. Auf Grund der vorliegenden Informationen gebe es Bauwillige und die Zinslage mit günstigen Baukrediten lasse weitere Anfragen erwarten. Das Baugebiet „Schlüsselacker“ biete sich primär als Erweiterung an, da hier schnell umsetzbares Baurecht geschaffen werden könne. Zudem seien Mittel im Haushalt bereits bereitgestellt worden. Die Ansiedlung neuer Bürger tue der Gemeinde gut, gerade auch im Hinblick auf zu erwartende Anteile aus der Einkommensteuer.

Er halte es nicht für sinnig, den Streit aus dem Jahr 2006/2007 mit einem Bürgerbegehren gegen die Ausweisung des Baugebietes „Schlüsselacker“ erneut zu entfachen. Auf Grund der Faktenlage sehe er nicht, warum man der Vorlage des Vorstandes nicht zustimmen könne.

In diesem Zusammenhang fragt Gemeindevertreter Rainer Bell an, welche Stellungnahme der Ortsbeirat Dillheim zu den Anträgen abgegeben habe.

Bürgermeister Mock führt aus, dass dieser seit Dezember 2014 nicht mehr getagt habe.

Gemeindevertreter Rainer Bell erinnert daran, dass es ein Vorschlag des Bürgermeisters gewesen sei, die Ortsbeiräte zu stärken. Dies wäre eine Chance gewesen, die Absichtserklärung umzusetzen.

Bürgermeister Mock entgegnet, dass der Ortsbeirat im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes und bei der Aufstellung des Bebauungsplanes beteiligt gewesen sei. Der Sperrvermerk sei erst von der Gemeindevertretung im Zuge der Beschlussfassung der Haushaltssatzung – und nicht auf Wunsch des Ortsbeirats – eingefügt worden.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Informationen zur Siedlungsentwicklung in Ehringshausen mit folgender Feststellung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen:

1. Als Konsequenz aus den gewonnenen Ergebnissen wird mit Ausnahme der Ortsteile Ehringshausen und Dillheim ein weiterer Bedarf an der Ausweisung neuer Bauflächen für die Investitionsplanung 2016 bis 2018 nicht gesehen. Auch aufgrund der zahlreichen privaten Baulücken in allen Ortsteilen gilt der Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Vorrang soll und muss die Aktivierung vorhandener unbebauter Grundstücke haben.

Die Verwaltung soll die Eigentümer dieser privaten Baulücken anschreiben und nach deren Verkaufsbereitschaft befragen. Weiter soll abgefragt werden, ob die Gemeinde deren Daten an Kaufinteressenten weitergeben darf.

Abstimmung: einstimmig

2. Die Gemeindevertretung beschließt, die gemeindeeigenen Grundstücke im Bereich „Neue Mitte“ (Bullenstall) nicht als baufertiges Bauland für Familien (Einzelhausbebauung) zur Verfügung zu stellen, da dies als städtebaulich nicht sinnvoll angesehen wird.

Abstimmung: einstimmig

3. Weiterhin beschließt die Gemeindevertretung,

- a) den Sperrvermerk für die Investition BG 009, Erschließung „Schlüsselacker“ 2. BA, aufzuheben.

Abstimmung: 19 Ja-Stimmen, 7-Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

- b) Für 2016 sollen weiter Haushaltsmittel eingestellt werden für die Umplanung des Gebiets „Borngraben/Zehnetfrei“, um hier eine Erschließung zu ermöglichen.

Abstimmung: 26 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

5. Jugendpflege der Gemeinde Ehringshausen

Auf die Verwaltungsvorlage vom 24.02.2015 wird verwiesen.

Bürgermeister Mock erläutert einleitend, dass die Jugendpflege einem ständigen Veränderungsprozess unterliege und das Konzept fortlaufend aktualisiert werden müsse. Eine Kommune in der Größenordnung der Gemeinde Ehringshausen müsse sich Jugendpflege leisten können.

Gemeindevertreter Jakob stellt klar, dass die Gemeinde Ehringshausen Jugendarbeit anbieten müsse. Die Frage stelle sich allerdings, wie die Mittel eingesetzt würden. Unstreitig sei, dass das angebotene Ferienprogramm hervorragend sei. Kritisch müsse man jedoch die Situation im Jugendtreff beleuchten. Insgesamt gebe die Gemeinde Ehringshausen für die Jugendpflege etwa den Betrag aus, den man für alle Vereine für die Vereinsförderung verwende. Insofern sei eine Nachfrage des sinnvollen Einsatzes der Mittel durchaus berechtigt. Im Bereich des Jugendtreffs halte die Gemeinde Ehringshausen ein niederschwelliges Angebot für etwa 10 Kinder aus der Kerngemeinde Ehringshausen vor. Die Jugendlichen aus den Ortsteilen würden vom Angebot allerdings faktisch ausgeschlossen. Das Angebot von Frau Steinbrecher sei gut, allerdings müsse sich der Träger die Frage nach der Sinnhaftigkeit stellen, zumal die jetzigen Jugendlichen den Jugendtreff als zusätzliches Angebot zum Vereinsleben wahrnehmen. Sozial benachteiligte Kinder seien überwiegend dort nicht anzutreffen. Das zukünftige Augenmerk könnte verstärkt auf dieser Zielgruppe liegen. So sei es angezeigt, sich um die Jugendlichen zu kümmern, die Probleme hätten und auch mit der Unterstützung der kirchlichen Angebote könne man Gelder effektiv umsteuern. Er plädiere dafür, das Konzept im nächsten Jahr ergebnisoffen zu besprechen.

Gemeindevertreter Koch hält die Jugendarbeit in der Gemeinde Ehringshausen für wichtig. Durch die Ergänzung der laufenden Überprüfung durch den Sozialausschuss könne man dem Konzept zustimmen. Vorschläge aus der Politik seien jederzeit willkommen. Er persönlich finde es schade, dass der Jugendtreff nicht in die Bahnhofstraße umziehe. Gut sei, dass die Gemeinde nunmehr Geld in die Hand nehme, um den jetzigen Standort in der Industriestraße aufzuwerten. Insgesamt lasse sich ein Erfolg von Jugendarbeit schwer messen.

Gemeindevertreter Henrich hält das Phänomen der Jugendarbeit für einfach erklärbar. Man rede über etwa 10 Jugendliche aus der Kerngemeinde. Es sei nachzuvollziehen, dass die Jugendlichen aus den Lemptalgemeinden oder aus Katzenfurt, Daubhausen und Greifenthal auf Grund der räumlichen Entfernung nicht das Angebot annehmen. Des Weiteren sei in den Randgemeinden die „Welt noch in Ordnung“, so dass hier kein entsprechender Bedarf bestehe.

Gemeindevertreter Kunz begrüßt das vorgelegte Konzept und findet es gut, dass es regelmäßig aktualisiert werde, da sich auch an den Bedürfnissen sehr schnell und sehr viele Dinge änderten. Er plädiert dafür, ehrenamtliche Jugendliche für die Arbeit zu begeistern und zu gewinnen, die dann den Jugendtreff möglicherweise betreuen, um Kapazitäten für die hauptamtliche Kraft frei werden zu lassen.

Insgesamt sei eine halbe Stelle für die zu leistende Arbeit nicht viel. Auf die guten Anregungen aus allen Fraktionen könne man im Konzept aufbauen.

Gemeindevertreter Rainer Bell fragt an, wer dem Gemeindevorstand konkret berichte.

Bürgermeister Mock führt aus, dass dieser Aufgabenbereich ihm zugeordnet sei und er dies in Abstimmung mit der Jugendpflegerin beabsichtige.

Gemeindevertreter Rainer Bell beantragt, den Beschlussvorschlag insoweit zu ändern, dass „die Jugendpflege“ dem Gemeindevorstand zu berichten hat.

Gemeindevertreter Jakob nimmt Bezug auf die Ausführungen des Gemeindevertreters Henrich. Auch außerhalb der Kerngemeinde sei Bedarf an Jugendpflege. Dort leisteten nämlich die Kirchen vorbildliche Jugendarbeit, beispielsweise in Kölschhausen und Katzenfurt. Insofern teile er nicht die geäußerte Auffassung. Er unterstütze ausdrücklich den Vorschlag des Gemeindevertreters Kunz zum Aufbau einer Ehrenamtsstruktur.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung nimmt die Ausführungen zum Ablauf des Ferienprogrammes 2014 zur Kenntnis. Die Organisation in Zusammenarbeit mit dem Vorzimmer des Bürgermeisters hat sich bewährt und wird fortgesetzt. Die Gemeindevertretung beschließt die als Anlage beigefügte Konzeption der Jugendarbeit als Handlungsgrundlage für die kommunale Jugendpflege. Sie wird regelmäßig durch den Sozialausschuss aktualisiert. Über die Umsetzung des Konzeptes berichtet die Jugendpflege dem Gemeindevorstand halbjährlich.

Des Weiteren beschließt die Gemeindevertretung, die Standortfrage des Jugendtreffs vorerst in dem Sinne zu klären, dass der bisherige Standort in der Industriestraße beibehalten und nach den zur Verfügung stehenden Mitteln Zug um Zug optimiert wird (Vorschläge siehe beiliegende Aufstellung). Die Verwaltung und die Jugendpflege werden beauftragt, durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit die Frequentierung des Jugendtreffs zu steigern.

Abstimmung: 26 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

6. **Antrag der FWG-Fraktion vom 04.03.2015:**
Erstellung und Umsetzung eines kommunalen Klimaschutzkonzeptes

Gemeindevertreter Schlagbaum begründet den Antrag der FWG-Fraktion zum Klimaschutzkonzept. Klimaschutz brauche Initiative. Die bisher geleisteten Maßnahmen der Gemeinde Ehringshausen, wie Energiesausweise und Maßnahmenkatalog seien unzureichend. Die Gemeinde müsse als Vorbild vorangehen und Klimaarbeit verbessern. Klimaschutz sei dringend erforderlich. Er plädiere dafür, Projekte anzuleiern, um Klimabewusstsein zu schaffen. Beispiele seien Überlegungen bei der Aufstellung von Bebauungsplänen hinsichtlich zentraler Energieversorgung wie Biogasanlage oder Holzschnitzelkraftanlagen. Die Richtlinien des zuständigen Bundesministeriums seien gute Anhaltspunkte. Er verweist darauf, dass die Ziffern 2 und 3 des Antrages auf Grund nicht mehr einzuhaltender zeitlicher Vorgaben zurückgenommen würden und beantragt eine Verweisung an die Ausschüsse.

Gemeindevertreter Jakob hält Klimaschutz ebenfalls für wichtig. Allerdings dürfe man sich nicht verzetteln. Die Kommune könne nicht an den „großen Rädern“ drehen und müsse allerdings die Hausaufgaben vor Ort machen. Ein Schritt sei das von seiner Fraktion beantragte Energiekonzept für das Schwimmbad und die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik.

Er befürchte mit der Beauftragung eines weiteren Klimaschutzkonzeptes einen neuen Arbeitskreis mit vielen Stellwänden und bunten Pappschildern.

Die Verwaltung habe gute Arbeit geleistet und bei anstehenden Investitionen würden energieeffiziente Angebote am Markt berücksichtigt. Er sehe zu viele Berater in diesem Bereich auf dem Markt. Letztlich zählt das Ergebnis. Er bezweifle jedoch Fortschritte im Bereich des Klimaschutzes durch einen neuen Arbeitskreis gerade im Hinblick, was die Gemeinde ohnehin derzeit schon leiste. Seine Fraktion stimme dem Antrag jedoch zu.

Gemeindevertreter Kunz führt aus, dass die Ziffern 2 und 3 mit zeitlichen Vorgaben belegt worden seien, weil diese die Frist für Förderanträge gewesen seien.

Bürgermeister Mock verweist auf energieeffiziente Maßnahmen der Kommune in der Vergangenheit. Die Gemeinde Ehringshausen könne noch in das Konzept des Lahn-Dill-Kreises „aufgenommen“ werden, allerdings habe sich der Gemeindevorstand seinerzeit bewusst dagegen entschieden. Mittlerweile habe der Lahn-Dill-Kreis signalisiert, dass die Gemeinde ohne Kosten in einer zweiten Phase von den Ergebnissen profitieren könne.

Gemeindevertreter Schlagbaum hält eine Förderung durch das Bundesministerium in Höhe von 7.000,00 € für gut angelegt, wenn gute Vorschläge daraus resultierten.

Gemeindevertreter Gohl spricht sich dafür aus, nach wie vor bei anstehenden Umbau- oder Veränderungsmaßnahmen Klimateffizienz zu berücksichtigen. Er hält eine Aufblähung des Verwaltungsaufwandes mit Beratern und weiterem Personal für nicht angemessen.

Gemeindevertreter Henrich verweist auf Erfolge in der Gemeinde Ehringshausen im Bereich des Klimaschutzes in der Vergangenheit.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die „Erstellung und Umsetzung eines langfristigen Energie- und Klimaschutzkonzeptes, beginnend mit einer kommunalen Einstiegsberatung“ durch fachkundige Dritte, in den Fachausschüssen und dem Gemeindevorstand zu beraten.

Abstimmung: einstimmig

7. Resolutionsantrag zur Schließung der Sparkassenfiliale in Katzenfurt

Auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 26.03.2015 und die Begründung der Sparkasse Wetzlar vom 24.03.2015, die den Anwesenden vorliegt, wird verwiesen.

Gemeindevertreter Jakob begründet den Antrag für die CDU-Fraktion. Für den Ortsteil Katzenfurt stelle die „Knüpfung des neuen Filialnetzes“ der Sparkasse, die mit Streichung von 30 % der Filialen einhergehe, eine Einschränkung dar. Vor allen Dingen stünden die Leute vor einem Problem, die nicht ausschließlich Onlinebanking nutzten. Aber auch Kinder und Jugendliche mit „Sparkassenbuch“ seien betroffen von der Schließung der Filiale vor Ort.

Aus seiner Sicht müsse sich die Sparkasse als Grundversorger von den übrigen kommerziell geführten Banken abheben. Mit der Resolution sollten die Schließungspläne der Bank überdacht werden.

Gemeindevertreter Kunz spricht sich für den Antrag aus, hat aber nicht allzu hohe Erwartungen an die Erfolgsaussichten. In den kompletten Lempgemeinden sei mittlerweile aus wirtschaftlichen Überlegungen kein Bankautomat im Einsatz, weder von der Volksbank noch von der Sparkasse.

Gemeindevertreter Koch spricht sich ebenfalls gegen eine Schließung der Filiale Katzenfurt aus, schätzt die Erfolgsaussichten der Resolution jedoch als gering ein.

Bürgermeister Mock verweist auf die Begründung der Sparkasse zur Schließung der Filiale. Alleine der Geldautomat in Katzenfurt sei mit jährlichen Aufwendungen von 20.000,00 € verbunden. Sollte die Bank zukunftsfähig bleiben, müsse man auch bittere Pillen schlucken.

Gemeindevertreter Jakob entgegnet, dass die Sparkasse nicht mit rein privat geführten Geldinstituten vergleichbar sei. Die Sparkasse Wetzlar sei im Verbund der kommunalen Familien, daher sei der Verwaltungsrat auch mit politisch Verantwortlichen besetzt. Der Landrat sei sogar Vorsitzender des Verwaltungsrates. Insofern gebe es schon Einflussmöglichkeiten.

Gemeindevertreter Ullrich spricht sich als Ortsvorsteher des Ortsteils Katzenfurt gegen eine Schließung aus. Es sei unverständlich, dass die Sparkasse vor etwa zwei Jahren die Filiale für rund 140.000,00 € erneuert habe. Allerdings verweist er darauf, dass es mittlerweile möglich sei, selbst im Supermarkt Bargeld abzuheben. Er befürworte die Resolution, habe aber auch Verständnis für die Neustrukturierung des Filialnetzes der Sparkasse.

Gemeindevertreter Henrich hält lange Diskussionen zum Thema für sinnlos. Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb werde von Fachbankern geleitet und der Landrat sei

kraft Amtes Vorsitzender des Verwaltungsrates. Die Gemeindevertretung Ehringshausen sollte ihren Unmut zeigen - nichts zu tun sei der falsche Ansatz.

Gemeindevertreter Rainer Bell erinnert an die Funktionen und Aufgaben der Betroffenen. So müsse der Landrat als Vorsitzender des Verwaltungsrates die Interessen der Bank vertreten und die Zukunftsfähigkeit im Auge behalten. Im Gegenzug müsse allerdings auch der Bürgermeister der Gemeinde Ehringshausen zuerst die Interessen der Gemeinde vertreten und nicht die Auffassung der Sparkasse weitergeben. Dies vermisse er.

Vorsitzender Dr. Rauber erhofft sich durch die Resolution konkretere Angaben, warum gerade in Katzenfurt eine Schließung bevorstehe. Die vorliegenden Ausführungen seien allgemein gehalten. Er bittet in diesem Zusammenhang jedoch auch zu berücksichtigen, dass selbst die Gemeinde Ehringshausen in den Ortsteilen keine Zweigstellen vorhalte.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt folgende Resolution:

„Keine Schließung der Sparkassenfiliale in Katzenfurt

1. Die Gemeindevertretung spricht sich gegen die Schließung der Sparkassenfiliale im Ortsteil Katzenfurt aus und fordert von der Sparkasse Wetzlar den Erhalt als Teil der notwendigen dörflichen Grundversorgung der Einwohner und Gewerbetreibenden des Ortsteiles Katzenfurt.
2. Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, gegenüber dem Zweckverband der Sparkasse Wetzlar mit Nachdruck gegen die Schließung der Sparkassenfiliale in Katzenfurt zu intervenieren und kurzfristig die diesbezüglich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.
3. Über das Ergebnis der Bemühungen des Gemeindevorstandes zur Erhaltung der Sparkassenfiliale in Katzenfurt soll in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung berichtet werden.“

Abstimmung: einstimmig

Dr. Rauber
Vorsitzender

Regel
Schriftführer